

Niederschrift

über die 32. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Dienstag, 02.12.2008, 17:05 Uhr,
Familienzentrum Anne-Jakobi-Haus, Im Seihof 16, 48161 Münster (Roxel).

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Dr. Veit Christoph Baecker, Meik Bolte, Christiane Krüger in Vertretung von Frau Greefrath, Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Gerhard Dworok in Vertretung von Herrn Hergt, Maria Anna Hakenes, Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Jutta Möllers, Karl-Heinz Neubert

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Stephan Degen, Prof. Dr. Martin Heidrich, Jutta Lebkücher, Ulrich Messing, André Saphörster, Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Gerda Benien, Michael Grünh in Vertretung von Herrn Schindler, Dr. Andrea Hanke, Beate Heeg, Matthias Manglus bis 19:30 Uhr (TOP 8), Gabriele Markerth, Dr. Karin Obst, Anna Pohl, Wolfgang Schallenberg in Vertretung von Frau Hester, Lutz Selig, Marike Storck-Wildoer, Klaus Tantow, Rita Tücking

von der Verwaltung

Gabriele Bauer, Elisabeth Becker-Jostes, Gerd Bertling, Tilman Fuchs, Birgit Herdes, Sahar Khodjasteh, Sibylle Kratz-Trutti, Karl Materla, Sonja Merettig, Bernhard Paschert, Frank-Detlev Philipp, Dr. Anna Ringbeck, Thomas Schulze Schwienhorst, Heiner Vogt

für die Schriftführung

Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Frank Beckmann, Stephan Bommers, Klaus Fröse, Carmen Greefrath, Rolf Grieskamp, Christiane Hansmann, Adrian Hergt, Lisa Hester, Ulrich Schindler, Henning Schneiderei, Dieter Schönfelder

Tagesordnung:

1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist
2. Eingegangene Anträge und Eingaben
3. Berichte und Mitteilungen
4. Anfragen von Ausschussmitgliedern
- V/0371/2008/1
III 5. Handlungskonzept ‚demografischer Wandel in Münster‘: Demografiebericht, Demografieleitbild und Steuerungszyklus demografieorientierte Stadtentwicklung
6. Bildung ist mehr als Schule! Aspekte frühkindlicher Bildung in Kindertageseinrichtungen (Bildungsdokumentation, Sprachförderung)
- V/0687/2008
IV 7. Beitragsfreies Kindergartenjahr - Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0017/2008 „Kinder fördern, Eltern entlasten: Das letzte Kindergartenjahr wird beitragsfrei.“ Beitragsfreistellung weiterer Einkommensgruppen - Antrag der Bündnis 90/Die Grünen/GAL-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0046/2008 „Kindertagesbetreuung: weitere untere Einkommensgruppen von Elternbeiträgen befreien.“
- V/0888/2008
IV 8. Weiterentwicklung der Berufskollegs: Errichtungsvorhaben der Berufskollegs in städtischer Trägerschaft; Weiterqualifizierung für Ergänzungskräfte
- V/0950/2008
OB 9. Bündelung und Optimierung der Aufgaben des Amtes für Schule und Weiterbildung und des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien
- V/0948/2008
V 10. Stiftung Generalarmenfonds: Fortführung des Flüchtlingskinderfonds
11. Verschiedenes

Um 17:05 Uhr eröffnete Herr Rickfelder als Vorsitzender die 32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- übergab der Vorsitzende das Wort an Frau Silke Becker, Leiterin des Familienzentrums Anne-Jakobi-Haus. Sie begrüßte die Mitglieder und Gäste, gab einige kurze Informationen zur Arbeit der kombinierten Einrichtung und zu deren Kooperationspartnern. Sie lud zu einer Besichtigung des Familienzentrums und des Kinder- und Jugendzentrums im Anschluss an die Sitzung ein. Der Vorsitzende dankte Einrichtung und Träger für die Möglichkeit, die Räume der Einrichtung für die Ausschusssitzung zu nutzen.
- lud der Vorsitzende alle Anwesenden zu einem „gemütlichen Beisammensein“ im Anschluss an die Sitzung ein.
- fragte der Vorsitzende nach Wünschen zur Änderung der Tagesordnung, die aber nicht geäußert wurden.
- informierte Herr Rickfelder darüber, dass als Tischvorlagen von der Verwaltung verteilt wurden:
 - > ein so genannter Beratungsverlauf zur Vorlage V/0371/2008 „Handlungskonzept demografischer Wandel in Münster“,
 - > eine Aufstellung über die Ergebnisse der Wahl zu den Jugendforen am 19.11.2008 (Anlage 1),
 - > eine Information über das Projekt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe „Was geht ab in Sprakel“ (Anlage 2),
 - > eine Anfrage von Frau Möllers und Frau Hakenes an die Verwaltung zum Stand der Vereinbarungen nach § 8a SGB VIII (Anlage 3),
 - > eine Übersicht über die wichtigsten Änderungen des SGB VIII im Bereich Kindertagesbetreuung (Anlage 4) und
 - > der Entwurf einer Stellungnahme zur Demografie-Vorlage V/0371/2008 der CDU-Fraktion (Anlage 5).
- verabschiedete der Vorsitzende die bisherigen Vertreter des Jugendrats im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien, Matthias Manglus und Henning Schneidereit, die mit der Neuwahl der Jugendforen und der sich anschließenden Konstituierung des neuen Jugendrats aus dem Kreis des Ausschusses ausschieden. Herr Rickfelder blickte auf die Zeit ihrer Mitgliedschaft zurück und beschrieb die Aktivitäten. Er wünschte den Jugendratsmitgliedern den Mut, sich politisch einzumischen. Im Namen des Ausschusses wünschte der Vorsitzende den scheidenden Mitgliedern alles Gute für die Zukunft. Herr Manglus bedankte sich mit dem Hinweis auf die besondere Motivation der Ausschussmitglieder für die Zusammenarbeit. Es schloss sich ein persönlicher Dank der Fraktionsvertreter an die Jugendratsmitglieder an.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Auf Nachfrage wurde festgestellt, dass zu allen Tagesordnungspunkten die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen bzw. Verwaltungsmitarbeitern gewünscht wurde.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingegangene Anträge und Eingaben**

Der Vorsitzende gab einen Antrag der CDU-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0052/2008 „Haus der kleinen Forscher - Naturwissenschaftliche Bildung auch schon für die Kleinsten!“ vom 13.10.2008 bekannt. Der Antrag sei in der Ratssitzung am 05.11.2008 an den Hauptausschuss verwiesen und mit den Sitzungsunterlagen an die Mitglieder des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien verschickt worden. Die Verwaltung werde dazu die erforderliche Verfahrensvorlage erstellen.

Punkt 3 der Tagesordnung**Berichte und Mitteilungen**

Frau Pohl berichtete:

3.1. Zu den Ergebnissen der Wahlen zu den Jugendforen (und zum Jugendrat) der Stadt Münster:

Am 19.11.2008 seien die Jugendforen der Stadt Münster gewählt worden, wozu 56,6 % der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben hätten. Die einzelnen Ergebnisse lägen als Tischvorlage vor (Anlage 1). In den ersten Sitzungen der Jugendforen voraussichtlich im Januar 2009 würden die Vertretungen für den Jugendrat, die Bezirksvertretungen und die Ausschüsse gewählt.

Im Detail informierte Frau Pohl darüber, dass insgesamt 64 Mitglieder gewählt wurden, von denen 19 erneut gewählt worden seien. Mit 30 Mädchen und 34 Jungen sei das Verhältnis zwischen den Geschlechtern sehr ausgewogen. 15 der neuen Mitglieder hätten einen Migrationshintergrund.

3.2. Zum Projekt „Was geht ab in Sprakel?“ des Jugendforums Nord im Rahmen des LWL-Projekts „Partizipation und Demokratie fördern“:

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 29.10.2008 sei über das Projekt „Was geht ab in Sprakel“ im Rahmen des Projekts des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe „Partizipation und Demokratie fördern“ berichtet worden. In dem Zusammenhang seien mehr Informationen gewünscht worden, die von der Verwaltung in einer Tischvorlage zusammengestellt worden seien (Anlage 2).

Ergänzend wies Frau Pohl darauf hin, dass neben den Fraktionen auch freie Träger vor Ort in den Prozess einbezogen wurden. Im Juni 2009 werde es eine Auswertung des Projekts geben.

3.3. Zur Verabschiedung und zu den Eckpunkten des Kinderförderungsgesetzes (KiföG):

Am 07.11.2008 habe der Bundesrat dem Kinderförderungsgesetz zugestimmt. Damit werde das Gesetz spätestens zum 01.01.2009 in Kraft treten, mit dem Ziel, im Jahr 2013 bundesweit für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege zu schaffen. Eine Übersicht über die wesentlichen Eckpunkte wurde als Tischvorlage (Anlage 4) vorgelegt.

Aktuell würden Umfragen zur Belegung der Kindertageseinrichtungen sowie zu den Betreuungsverträgen durchgeführt bzw. organisiert. Ferner sei eine Initiative für einen Aufruf für Tagesmütter geplant, um weitere Tagesmütter für einen Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder zu gewinnen. In der nächsten Ausschusssitzung im Januar 2009 werde ausführlich über die Inhalte des Kinderförderungsgesetzes und die Auswirkungen auf die Stadt Münster in den Handlungsfeldern Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege berichtet.

3.4. Zur Sprachstandsfeststellung zwei Jahre vor der Einschulung § 36 Abs. 2 Schulgesetz - Durchgang 2008:

Das Verfahren zur landesweiten Sprachstandsfeststellung Delfin 4 für Kinder zwei Jahre vor der Einschulung bestehe aus zwei Stufen. In der ersten Stufe (Gruppenscreening) werde die Sprachfähigkeit der Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, mit dem Testinstrument eines Sprachspiels überprüft. Zur zweiten Stufe, einem Einzeltest, würden Kinder eingeladen, die nicht eindeutig einzuschätzen waren oder die keine Kindertageseinrichtung besuchen.

Gemeinsam mit vier weiteren Städten beteilige sich die Stadt Münster an der empirischen Normierung des Testverfahrens. In Münster würden Studierende der Universität Dortmund im Rahmen der Normierungsstudie 429 Kinder in 69 Kindertageseinrichtungen überprüfen. Über 900 Münsteraner Eltern hätten sich bereit erklärt, ihre Kinder zusätzlich in einem Einzeltest überprüfen zu lassen. Frau Pohl wies darauf hin, dass die Stadt Münster eigene kommunale Mittel in Höhe von 75.000 € bereit stelle, die zu den Landesmitteln hinzu kämen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschusmitgliedern

Der Vorsitzende gab eine Anfrage von Frau Möllers (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und Frau Hakenes (SPD-Fraktion) an die Verwaltung zum Stand der Vereinbarungen nach § 8a SGB VIII vom 25.11.2008 bekannt, die an die Verwaltung gerichtet sei und als Tischvorlage vorlag (Anlage 3). Die Verwaltung werde die Anfrage beantworten und auch den Ausschuss hierüber informieren.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0371/2008/1**

**Handlungskonzept 'demografischer Wandel in
Münster':
Demografiebericht, Demografieleitbild und Steuerungszzyklus demografieorientierte Stadtentwicklung**

Herr Schulze Schwienhorst führte kurz in die Vorlage ein, gab einen Rückblick auf Anlass und Entstehung der Vorlage und erläuterte einige Punkte zu Handlungskonzept und Leitbild. Bezogen auf den Fachbereich machte er deutlich, dass es in der Sache darum gehe, die Bedingungen für Familien in der Stadt zu verbessern. Nach einem Beschluss über die Vorlage sollten die konzeptionellen Ideen von Politik und Verwaltung gemeinsam angegangen und umgesetzt werden.

Der Vorsitzende informierte über den bisherigen Beratungsverlauf der Vorlage und wies auf einen Vorschlag der GAL-Fraktion hin, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und die darin enthaltenen Vorschläge der Verwaltung politisch dann zu bewerten, wenn sie in Detailvorlagen in die politische Diskussion gehen. Ferner verwies der Vorsitzende auf den zur Sitzung vorgeleg-

ten Entwurf einer Stellungnahme der CDU-Fraktion (Anlage 5) sowie eine ebenfalls vorgelegte Stellungnahme bzw. Erklärung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Anlage 6) zur Vorlage. Da für die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf angemeldet wurde, schlug der Vorsitzende vor, zunächst vorliegende Sachfragen zu beantworten und die Sitzung anschließend kurz zu unterbrechen. Es bestand Einvernehmen, so zu verfahren.

Nach kurzen Detailfragen, die sich auf die unterschiedlichen Datenlagen von Stadt und Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik bezogen, wies Frau Hakenes auf einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage hin, der dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen vorgelegen habe (Anlage 7). Herr Rickfelder erklärte, dieser Antrag sei nicht weitergegeben worden, weil der Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen die Vorlage ohne Beschlussfassung geschoben habe.

Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung um 17:40 Uhr. Sie wurde um 17:55 Uhr fortgesetzt.

Herr Rickfelder schlug nach Abstimmung mit den Fraktionen vor, die von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vorgelegten Stellungnahmen bzw. Erklärungen zu Protokoll zu nehmen und in die weitere Beratungskette zu geben. Dem wurde einvernehmlich zugestimmt. Die Stellungnahmen bzw. Erklärungen lauten wie folgt:

Von der CDU-Fraktion:

„Wir werden im Sinne einer generationengerechten und familienfreundlichen Stadtentwicklung die Infrastruktur Münsters und seiner Stadtteile in besonderer Weise auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung ausrichten, lautet das erste Ziel des integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketing-Konzept (ISM). Innerhalb des Münsterprofils ‚Wissenschaft und Lebensart‘ nimmt gerade im Sinne der Generationengerechtigkeit der Faktor Familienfreundlichkeit eine zentrale Rolle für die Zukunftsplanung der Stadt Münster ein.

Der Ausschuss Kinder, Jugendliche und Familien betont daher noch einmal ausdrücklich, dass Familienfreundlichkeit eine Querschnittsaufgabe der gesamten Stadtverwaltung nach außen, aber auch nach innen sein sollte.

In Ergänzung des Beschlusstextes der Vorlage 371/08 sollte der Blick besonders auf familienfreundliche Maßnahmen gelenkt werden, die geeignet sind, den demografischen Wandel in unserer Stadt abzufedern oder perspektivisch sogar eine Gegenbewegung zu erzeugen.

Dabei ist vor allem die Elternarbeit besonders hoch einzuschätzen, da Eltern große Verantwortung für Versorgung, Entwicklung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder übernehmen. Gerade deswegen sind familienunterstützende Einrichtungen zu fördern. Das können Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Familienbildungsstätten aber auch Angebote und Einrichtungen für Senioren sein.

Um als Stadt auch zukünftig gerade für junge Familien attraktiv zu bleiben, sind besonders geeignete Maßnahmen erforderlich, wie z. B.: Ausweisungen familiengerechter Wohngebiete und Engagement zur Förderung einer familienfreundlichen Unternehmenskultur. Außerdem müssen Maßnahmen zur Stärkung der Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen unterstützt, ggfs. zusätzlich entwickelt werden. Nur in einer solidarischen und verantwortungsvollen Gesellschaft kann der demografische Wandel in Münster positiv gestaltet werden.“

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

„Der demografische Wandel stellt die Stadt- und Sozialplanung nicht nur vor neue Herausforderungen und Aufgaben, sondern bietet auch Möglichkeiten für die Neuausrichtung der Infrastruktur und Versorgungsformen und damit auch neue Perspektiven für die Menschen und

für das Gemeinwesen. Der demografische und soziale Wandel in den Kommunen und Kreisen erfordert eine gemeinsame Strategie zur Entwicklung neuer Wohn- und Versorgungsformen, die alle Generationen und Personengruppen mit einbezieht. Ein wichtiger Teil unseres Leitbildes sollte die soziale, solidarische und generationengerechte Stadt sein.

1. Soziale Situation von Familien und Kindern

Die soziale Situation von Familien mit Kindern und Jugendlichen und deren Integration in die Stadtgesellschaft muss auch im Handlungskonzept demografischer Wandel einen wichtigen Raum einnehmen. Aufwachsen in Armut hat lebenslange Folgen und bedarf wirkungsvoller Gegenmaßnahmen. Das gedeihliche Aufwachsen und die Bildung der (armen bzw. von Armut bedrohten) Kinder sind in der Verantwortung aller. Eine solidarische Stadtgesellschaft muss durch ausgleichende Maßnahmen dem Risikofaktor Kinderarmut vorbeugen, damit die Kinder eine faire Chance erhalten, gesund aufzuwachsen, ihre individuellen Fähigkeiten zu entwickeln, Bildungs- und Förderangebote wahrzunehmen und so eine gute Ausgangsposition für ihre weitere Lebensgestaltung und ihre berufliche Perspektive zu erhalten. Wir wollen alle mitnehmen. Es geht uns um gesellschaftliche Teilhabe und mehr demokratische Mitsprache, um individuelle Förderung und mehr Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen.

2. Kleinräumige Quartierskonzepte entwickeln

Die Lebensentwürfe der älteren Generation und damit auch die Wohn- und Lebensform unterliegen einem starken Wandel. Selbstständigkeit und Selbstbestimmung haben in unserer Gesellschaft einen hohen Wert. Hierzu gehört der Wunsch nach Überschaubarkeit, der Möglichkeit zur Gestaltung einer eigenen Häuslichkeit und häufig auch nach einem Zusammenleben mit anderen Generationen. Viele ältere Menschen wollen die hinzugewonnenen Jahre aktiver, selbstbestimmter und mit sinnvollen Aufgaben verbringen. Dies hat Auswirkungen auf die Lebensentwürfe der älteren Generation, deren Wohn- und Lebensform einem starken Wandel unterliegen. Die unterschiedlichen Erfahrungen, Lebensstile und eine kulturelle Vielfalt erfordern differenzierte und auf die verschiedenen Bedarfslagen und Lebensstile angepasste Wohn- und Pflegearrangements. Dies führt zu neuen Anforderungen an die Sozial- und Wohnungspolitik, Quartiersplanung, Infrastrukturplanung. Wir wollen in den Stadtteilen und Wohnquartieren das Zusammenleben der Generationen fördern.

3. Ressortübergreifende Planung und Mitwirkung sichern

Eine ressortübergreifende Sozial- und Wohnquartiersplanung ist notwendig. Gefragt sind generationenübergreifende Quartiers- und Stadtteilkonzepte, die lokale, gemeinwesenorientierte Versorgungsangebote und kleinräumige Unterstützungsstrukturen umfassen und die Selbstbestimmung der Menschen sichern. Die Infrastruktur muss in Zukunft stärker auf die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Personengruppen ausgerichtet werden (zielgruppenspezifische Ausrichtung).

4. Beteiligungsformen zeitgemäß weiterentwickeln

Eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Beteiligungsformen muss vor Ort eine Mitgestaltung ermöglichen. Es muss eine Stärkung der Beteiligung junger aber auch älterer Menschen an politischen Entscheidungsprozessen unterstützt und zusätzlich entwickelt werden. In der Vorlage wird auf die Arbeit des Jugendrates und die Seniorenvertretung abgehoben. Wir wollen, dass darüber hinaus vielfältige Beteiligungs-, Mitwirkungs- und Partizipationsformen umgesetzt werden. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen ihre Wohnquartiere und Stadtteile kreativ mitgestalten. Das bietet auch Kindern und Jugendlichen die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten und Identifikationsmöglichkeiten.

5. Umweltschutz und Schutz des Klimas

Umweltschutz und Schutz des Klimas sind Zukunftsfragen, denen sich auch eine Stadtgesellschaft vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stellen muss. Handlungsfelder sind hier die Entwicklung einer zukunftsfähigen Energieversorgung, Schaffung von Rahmenbedin-

gungen für eine umweltschonende Mobilität und Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie für den Klimaschutz unter Einbeziehung erneuerbarer Energien.

6. Keine Reduzierung auf einen Masterplan Innenstadt

Es ist zwar richtig, dass in der Innenstadt ein besonderer Handlungsdruck besteht, da ein Wegzug der Familien augenscheinlich ist, allerdings muss auch jetzt für jeden Stadtbezirk ein Handlungskonzept aufgestellt werden, da nur so für alle Stadtteile in Münster auch langfristig der demografische Wandel gestaltet werden kann. Die Konzepte der Stadtteile bedingen sich gegenseitig. Hierzu muss insbesondere auch die Wohnungspolitik mit der Sicherstellung bezahlbaren Wohnraums einen wichtigen Beitrag leisten

Nur in einer solidarischen, sozialen, verantwortungsvollen und ökologisch nachhaltig ausgerichteten Gesellschaft kann der demografische Wandel in Münster positiv gestaltet werden.“

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage, der dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen vorgelegen hat, wird der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.

Der Ausschuss beschloss einstimmig: Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

Im Zusammenhang zum Demografiebericht verwies Frau Heeg auf ein Papier der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 5 „Tagesbetreuung für Kinder“, das dem Ausschuss als Tischvorlage vorlag (Anlage 8). Damit informierte sie den Ausschuss darüber, dass sich die Arbeitsgemeinschaft inzwischen bereits zur 100. Sitzung treffe, um sich mit der Jugendhilfeplanung und der Arbeit der Kindertageseinrichtungen vor Ort zu befassen. Für diese Leistung erhielt die Arbeitsgemeinschaft den Beifall des Ausschusses.

Punkt 6 der Tagesordnung

Bildung ist mehr als Schule! Aspekte frühkindlicher Bildung in Kindertageseinrichtungen (Bildungsdokumentation, Sprachförderung)

Herr Rickfelder begrüßte zu dem Tagesordnungspunkt neben Frau Kratz-Trutti die Leiterin der städtischen Kindertageseinrichtung Loddengrund in Gremmendorf, Frau Sonja Merettig, und Frau Elisabeth Becker-Jostes, Fachberaterin in der Abteilung Tagesbetreuung für Kinder. Frau Kratz-Trutti ging einleitend darauf ein, dass die Verwaltung mit den Informationen zum Tagesordnungspunkt einem Wunsch des Ausschusses nachkomme, das Thema der frühkindlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen aufzubereiten. Dies erfolge jedoch konzentriert auf die zwei Punkte „Bildungsdokumentation“ und „Sprachförderung“.

Anschließend trug Frau Merettig zum Thema „Bildungsdokumentation“ vor, die in Nordrhein-Westfalen für jedes Kind, das eine Tageseinrichtung für Kinder besucht, erstellt werden soll. Dabei stellte sie das Beobachtungs- und Dokumentationssystem der städtischen Kindertageseinrichtungen dar. Dies sei in drei Bausteinen organisiert, einer ganzheitliche Kurzzeitbeobachtung, einer Sammlung von Entwicklungsdokumenten und einem individuelles Entwicklungs- und Kompetenzprofil. Im Ergebnis würden Eltern eine fundierte Rückmeldung für ihr Kind erhalten, in dem als ganzheitliche Beurteilung die besondere Stärken, die Ausprägung von Kompetenzen und unterstützungsbedürftige Bereiche des Kindes dargestellt würden.

Es schlossen sich viele Fragen und eine intensive Diskussion an. Wegen eines angenommenen hohen Zeitaufwands wurden vielfach Bedenken geäußert, ob diese Aufgaben bei den vorhandenen Ressourcen in Kindertageseinrichtungen geleistet werden könnten. Weitere Aspekte der Aussprache waren die Handhabung der als schutzwürdig angesehenen persönlichen Daten der Kinder, die Frage der Vergleichbarkeit von Dokumentationen unterschiedlicher Einrichtungen sowie Aspekte einer geeigneten Information von Schulen für den Übergang von der Kinderta-

geseinrichtung zur Grundschule. Von der Verwaltung wurden die Detailfragen beantwortet. Gleichzeitig wurde erläutert, dass auch früher Dokumentationen zu den Kindern in Einrichtungen erstellt wurden, der Mehraufwand daher nicht erheblich sei. Demgegenüber sei der Gewinn, der durch strukturierte Dokumentationen erzielt werde, bedeutend, wobei es das Ziel sei, Erfahrungen aus der Umsetzung zu sammeln, um die Verfahren weiterzuentwickeln und zu einheitlichen Standards unter den Trägern zu kommen. Insgesamt gehe es darum, Eltern zu unterstützen und Kinder gezielt zu fördern.

Frau Becker-Jostes stellte die Sprachförderung in städtischen Kindertageseinrichtungen vor. Dabei ging sie auf die Vorgaben durch das Kinderbildungsgesetz und das Verfahren zur landesweiten Sprachstandsfeststellung Delfin 4 ein. Ferner erläuterte sie die Finanzierung und die in Kindertageseinrichtungen vorhandenen Rahmenbedingungen. Inhaltlich beschrieb Frau Becker-Jostes die Strategien zum Spracherwerb von Kindern, woran sie Erläuterungen zum Aufbau und zum Inhalt einer Fördereinheit anschloss.

Es wurde das Verfahren erläutert, um den Prozess der Sprachförderung zu dokumentieren und schließlich informierte Frau Becker-Jostes über die Maßnahmen zur flankierenden Qualifizierung. Hierzu würden vor allem Fortbildungen, interne Qualitätszirkel, der fachliche Austausch der Fachkräfte sowie Sprach- und Alphabetisierungskurse für Mütter und Väter genutzt. Sprachförderung, so Frau Becker-Jostes, sei das stufenweise Erlernen der korrekten Sprache, wozu den Kindern Zeit und Unterstützung gegeben werden müsse.

Auch im Anschluss an die Darstellung dieses Themenbereichs wurden verschiedene Detailfragen beantwortet, unter anderem zur Organisation von Alphabetisierungskursen für Eltern, einer muttersprachlichen Unterstützung und zur Praxis bei anderen Trägern von Kindertageseinrichtungen.

Unterstützt vom Beifall des Ausschusses dankte der Vorsitzende den Beteiligten für die ausführlichen Informationen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0687/2008**

Beitragsfreies Kindergartenjahr - Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0017/2008 " Kinder fördern, Eltern entlasten: Das letzte Kindergartenjahr wird beitragsfrei."
Beitragsfreistellung weiterer Einkommensgruppen - Antrag der Bündnis 90/Die Grünen/GAL-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0046/2008 "Kindertagesbetreuung: weitere untere Einkommensgruppen von Elternbeiträgen befreien."

Frau Dr. Hanke erläuterte zunächst, dass die der Vorlage zu Grunde liegenden Anträge in dem in der Geschäftsordnung vorgesehenen Verfahren ordnungsgemäß bearbeitet worden seien. Sie wurden vom Rat an den Hauptausschuss verwiesen, der sie mit den Beschlüssen vom 07.05.2008 bzw. 05.11.2008 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien verwiesen habe. Daher sei keine weitere Entscheidung des Rates erforderlich.

Bezogen auf die Inhalte der Vorlage machte Frau Dr. Hanke deutlich, welche Förderungs- und Unterstützungsangebote einschließlich der finanziellen Hilfen durch die Stadt im Bereich der Kindertagesbetreuung vorgehalten werden. Unter Hinweis auf Bestrebungen einzelner Länder und Kommunen zur Beitragsfreiheit erläuterte sie, dass die Verwaltung in der Sache eine Initiative zu einer einheitlichen Regelung auf Landesebene bevorzuge. Ferner betonte sie die mangelnden finanziellen Möglichkeiten zur Umsetzung der Antragsanliegen.

In einer kurzen Aussprache wurden die aktuellen Leistungen der Stadt in diesem Bereich anerkannt und die von Bund und Land in Aussicht gestellte finanzielle Förderung für den Ausbau des Betreuungsangebots als Möglichkeit der Gegenfinanzierung für Entlastungen bei den Elternbeiträgen angesprochen. Frau Möllers stellte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einen Antrag an den Rat zur Beitragsbefreiung weiterer Einkommensgruppen in Aussicht.

Auf Antrag von Frau Hakenes beschloss der Ausschuss einstimmig, die Vorlage dem Rat, nach Vorbereitung im Hauptausschuss, zur Entscheidung vorzulegen.

Der Ausschuss beschloss mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Dem Antrag der SPD-Ratsfraktion zur Einführung eines beitragsfreien Jahres für das letzte Kindergartenjahr zum 01.08.2009 wird nicht gefolgt.
2. Dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen/GAL-Ratsfraktion weitere untere Einkommensgruppen von den Elternbeiträgen zu befreien wird nicht gefolgt.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten.“

Punkt 8 der Tagesordnung V/0888/2008

Weiterentwicklung der Berufskollegs: Errichtungsvorhaben der Berufskollegs in städtischer Trägerschaft; Weiterqualifizierung für Ergänzungskräfte

Tenor und Beschlussvorschlag der Vorlage wurden allgemein begrüßt. In einer längeren Aussprache wurden jedoch verschiedene Aspekte diskutiert, die sich daraus ergaben, dass mit den Neuregelungen des Kinderbildungsgesetzes auch eine Weiterqualifizierung von Ergänzungskräften erforderlich wurde.

So wurde es einerseits für viele, vor allem ältere Ergänzungskräfte als sehr schwierig angesehen, solche Qualifizierungsmaßnahmen überhaupt in Anspruch zu nehmen, zumal dies mit den in der Regel geringen Verdienstmöglichkeiten nicht realistisch bei einer Teilzeitbeschäftigung umzusetzen sei. Dies sei bedauerlich, zumal die Leistung von Ergänzungskräften in Kindertageseinrichtungen über viele Jahre als wichtig und gut geschätzt wurde.

Andererseits komme es mit der rechtlichen Forderung zu einer seit langem gewünschten Qualifizierung der Betreuungssituation in Kindertageseinrichtungen. Auch für viele Beschäftigte in den Einrichtungen ergäbe sich eine wünschenswerte Perspektive zur persönlichen Weiterentwicklung und -qualifizierung. In dem Zusammenhang wurde als weiterer Aspekt die Notwendigkeit genannt, einem absehbaren Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Frau Dr. Hanke und Frau Pohl verwiesen abschließend darauf, dass es wichtig sei, Modelle für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu suchen und zu entwickeln, wobei es sich um trägerspezifische Lösungen handeln müsse.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Errichtung eines Bildungsganges

Gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz – SchulG wird zum 01.02.2009 (Beginn des 2. Halbjahres im Schuljahr 2008/2009) oder spätestens am 01.08.2009 (Beginn des Schuljahres 2009/2010) folgender Bildungsgang errichtet:

Anne-Frank-Berufskolleg, Schule der Sekundarstufe II der Stadt Münster
Weiterqualifizierungsmaßnahme für Ergänzungskräfte mit langjähriger Berufserfahrung in
Tageseinrichtungen für Kinder zur Staatlich geprüften Erzieherin bzw. zum Staatlich geprüf-
ten Erzieher (Anlage E APO-BK)

Kosten/Folgekosten

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- durch die Errichtung des Bildungsganges keine Investitionskosten und
- Gesamtkosten in Höhe von 1.650 € p.a.

entstehen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für Verwaltung und Unterricht werden aus den zur Verfügung stehenden laufenden Etatmitteln finanziert.“

Punkt 9 der Tagesordnung V/0950/2008

Bündelung und Optimierung der Aufgaben des Amtes für Schule und Weiterbildung und des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien

Frau Dr. Hanke erläuterte den Hintergrund der Vorlage. Anlass sei ein Vorschlag aus dem Verfahren zum Rödl & Partner-Gutachten (Abschlussbericht Beratung und Begleitung der Stadt Münster bei der Konsolidierung des städtischen Haushalts 2007 ff.), in dem angeregt worden sei, die Schnittstellen zwischen den Ämtern für Schule und Weiterbildung sowie für Kinder, Jugendliche und Familien zu überprüfen. Von den ermittelten drei Schnittstellen würden zwei in der Vorlage behandelt - der dritte Bereich „Schulsozialarbeit“ werde im Jahr 2009 folgen.

Sie stellte die vorgesehenen Organisationsmaßnahmen vor und konkretisierte die damit verbundene Verlagerung von Aufgaben zwischen den Ämtern. Vor allem im Bereich der offenen Ganztagschulen gelinge es, eine Qualitätsoptimierung zu erreichen und einheitliche Standards zu ermöglichen. Andererseits würde durch die Kombination der AIM jugend+ mit dem Bereich Übergang Schule / Beruf eine Bündelung der Aufgaben erzielt, wobei ein besonderes Augenmerk den Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss gelte.

In einigen Wortbeiträgen wurde die Notwendigkeit einer engeren Kooperation von Schule und Jugendhilfe bestätigt. Sowohl bei einer frühen Berufswahlorientierung auf der einen Seite, wie auch bei der Zusammenarbeit von Schulen und freien Trägern der Jugendhilfe im Rahmen der offenen Ganztagschule auf der anderen Seite seien strukturelle Qualitätsverbesserungen von besonderer Bedeutung. In dem Zusammenhang sagte die Verwaltung zu, den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien auch weiterhin bei der Berichterstattung zu den Maßnahmen der AIM jugend+ zu beteiligen.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0948/2008**
**Stiftung Generalarmenfonds: Fortführung des
Flüchtlingskinderfonds**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Hauptausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die Stiftung Generalarmenfonds wird beauftragt, den Hilfsfonds für Freizeitmaßnahmen mit Flüchtlingskindern ab 2009 bis Ende 2010 fortzuführen. Ab Beginn des Jahres 2010 sollen die Maßnahmen mit dem Ziel dauerhafter nachhaltiger Verstetigung im Angebotsspektrum der Jugendhilfeträger aufgabenkritisch überprüft werden.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stiftung Generalarmenfonds Kosten in Höhe von insgesamt 50.000 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist über die Mittelbereitstellung im Rahmen der Wirtschaftspläne 2009 und 2010 der Stiftung Generalarmenfonds zu finanzieren.

	Wirtschaftsplan 2009	Wirtschaftsplan 2010
Stiftung Generalarmenfonds	25.000 €	25.000 €
Gesamtfördersumme	50.000 €	

Punkt 11 der Tagesordnung
Verschiedenes

Frau Hakenes bat um Informationen der Verwaltung zur Raumsuche der Kindertagesstätte 71 e. V. („Der Kotten“). Ferner fragte sie nach dem Stand des Antrages zum Projekt „Mediensucht“ des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien aus dem Bereich einer Stiftung und in dem Zusammenhang allgemein nach Themen der Jugendhilfe, die von Stiftungen gefördert werden könnten. Frau Dr. Hanke und Frau Pohl beantworteten die Fragen. So sei die Verwaltung an der Raumsuche der Elterninitiative beteiligt und unterstütze den Träger intensiv. Aktuell gebe es Perspektiven für räumliche Alternativen, die konkretisiert würden. Nachdem eine Förderung des Projekts „Mediensucht“ zunächst abgelehnt worden sei, solle nun versucht werden, dies durch alternative Stiftungen unterstützen zu lassen. In dem Zusammenhang verwies Frau Pohl auf weitere Projekte, für die eine Stiftungsfinanzierung auf Dauer nicht mehr weiterlaufen würde. Dies seien das Projekt „Privjet“ sowie die Unterstützung von Eltern-Kind-Gruppen, für die eine städtische Weiterfinanzierung in Vorbereitung sei.

Auf Nachfrage von Herrn Bolte stellte die Verwaltung eine Berichterstattung zum Controlling im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien für Anfang 2009 in Aussicht.

Unter Bezug auf die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am Vortag wurde das Thema Rahmenvereinbarung zu § 16 Abs. 2 SGB II (Leistungen zur Eingliederung), die zwischen der Stadt und der Arbeitsgemeinschaft Münster (AMS) abgeschlossen werden soll, angesprochen. Dort wurde darum gebeten, diese Rahmenvereinbarung den sozial- und jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen in einem Gespräch mit der Verwaltung zu erläutern. Dies sei von der Verwaltung zugesagt worden. Herr Rickfelder schlug dazu vor, die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Ausschuss zu einer Vorbesprechung einzuladen.

Auf Nachfrage von Herrn Rickfelder teilte Herr Paschert mit, dass der bislang für die Jugendarbeit im Stadtteil Handorf genutzte Raumcontainer in Kürze an anderer Stelle des Stadtgebiets für Jugendhilfzwecke eingesetzt werde.

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung